

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

77 (4.7.1923)

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugspreis:

Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. unsere Ausreiter
ohne Postgeld
monatlich 0000.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Geschäftsjahr 1923—24, Sonntag
geschlossen.

Fernsprechanschl. Nr. 11.

Postfach-Konto
Nro. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

gegründet
1839

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:

Zeilen: Die 42 mm breite
Zeile 400.— Mk.

Reklamen: Die 87 mm breite
Zeile 1200.— Mk.

Anzeigen mit Dedresse oder
Ausgangs-1200.— Mk. Sonderbe-
stimmung. Alle Preise freibleibend.

Grundgebühr im Anzeigen- und
Zertritt ist frei.

Bei Wiederholungen tarifreter
Reklamen, die bei Nichtzahlung immer-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
teilung und bei Konkurs erlischt.

Platzvorschriften werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.

Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen werden
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 77.

Mittwoch, den 4. Juli 1923.

84. Jahrgang

Die französisch-englische Auseinandersetzung.

Vor der Entscheidung.

Die außenpolitische Lage ist nun langsam in die Entscheidung hineingerückt. Die englische Regierung hat zu erkennen gegeben, daß sich eine längere Verzögerung der Antwort Frankreichs auf ihren Fragebogen nicht wünscht und darauf hin ist der französische Botschafter in London angewiesen worden, die Unterhandlungen zu eröffnen. Auf beiden Seiten ist Deutschland, obwohl es eigentlich um sein Schicksal geht, dabei vorläufig Zuschauer. Ob es richtig ist, wie einzelne Zeitungen angeben, daß Poincaré auf die Hinauszögerung der Lösung der belgischen Ministerkrise hingearbeitet hat, kann man offen lassen. Wichtig wird wohl sein, daß er in seiner Verbundenheit den Zusammenbruch des deutschen Widerstands über kurz oder lang erwartet und deshalb die Auseinandersetzung mit England verschleppen möchte, bis das Streitobjekt Deutschland, besetzt am Boden liegt. Er könnte dazu um so eher Grund haben, als die belgische Bundesgenossenschaft, wie er selbst weiß, für ihn heute nicht mehr so viel wert ist, wie vor einem Monat. Der belgische Ministerpräsident ist zwar zurückgekommen, aber in seiner Bewegungsfreiheit doch stark eingeengt, denn darüber kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die Belgier heilfrohen wären, wenn sie aus dem Ruhrrevolventer mit Anstand herauskämen und heute schon bereit sein würden, auf die Hälfte der für Januar verlangten Entschädigungssumme abzugeben.

Poincaré fühlt sich also mit Recht isoliert. Aber er kann nicht mehr zurück. Er hat sich so festgelegt, daß jede Nachgiebigkeit das Ende seiner politischen Laufbahn bedeuten könnte. Also rennt er wie ein Stier blindlings auf sein Ziel los. Gewiß, er ist geistig unfruchtbar und ideenarm, stark nur in der Negative, dagegen verfaßt er völlig, sobald es sich darum handelt, aus verworrenen Lagen eine Lösung zu finden, die nicht ganz und gar seine Lösung ist, und das wäre doch schließlich der einzige Weg, der aus diesem Wirrwarr herausführt. So ist er in der Lage eines Spielers, der weiß, daß er die schwächeren Karten in der Hand hat, aber den Bluff doch trotzdem fortsetzt, weil er mit dem Einsatz sein ganzes Vermögen verliert. Der Brief des Papstes war eine einzige schwere Anklage gegen die französische Politik, war ein harter Schlag, den England gegen ihn führte. Denn es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die englische Politik nicht gerade festerfüßend dabei gewesen ist, aber doch den Vatikan als moralischen Bundesgenossen gewonnen hat. Poincaré sah die Folgen voraus: Er fürchtete die Wirkung auf das katholische Belgien, er fürchtete auch die Wirkung auf das gläubige Frankreich. Aber mit einem kühnen Saltomortale ist er über die Schwierigkeiten hinweg gekommen. Er hat den Senat wie die Kammer für sich gewonnen und seinen parlamentarischen Staatsstreich — etwas anderes ist das zweijährige Budget nicht — erfolgreich durchgeführt. Ein kühner Schachzug ist ihm gelungen. Daß ihm die Ruhrkredite bewilligt werden würden, war kein Zweifel bei der ganzen Art der Franzosen wird Poincaré niemals über eine Frage der Außenpolitik stürzen. Aber die große Mehrheit die er sich sicherte, ist doch für seine Gegenpieler in London eine Ueberraschung gewesen. Er hat jedenfalls eine Kulisse hinter sich aufgebaut, die ein vollkommenes einiges Parolvent zeige. Mag sein, daß diese Kulisse über kurz oder lang durchstoßen wird, vorläufig gibt sie jedenfalls den gewünschten Hintergrund, um die Unterhandlungen mit London zu eröffnen. Was er den Engländern zu erwidern beabsichtigt, darüber haben seine Blätter viele Geheimnisse, aber er wird sich doch schütten haben, seine Karten reiflos aufzudecken. England hat ihn in die Enge getrieben. Es will eine klare Antwort, ob er Reparationspolitik oder Gewaltpolitik treiben will, das heißt, ob es ihm auf Geld ankommt, oder auf die Vorherrschaft in Europa. Poincaré wird versuchen, dieser Antwort auszuweichen. In London läßt man die Presse eine starke Sprache führen, die maßgebenden Köpfe aber halten zurück und erlassen zuweilen beschwichtigende Noten an die Öffentlichkeit, die zur Sache gar nichts sagen. So herrscht geheimnisvolles Dunkel und im Dunkeln wächst eine fast aufregende Spannung heran.

Baldwins starke Sprache.

London, 2. Juli. Reuter verbreitet die aufsehenerregende Information des diplomatischen Korrespondenten des „Observer“ in folgender Form: „Wenn Frankreich es ablehnt, auf die Fragen Großbritanniens eine schriftliche Antwort zu erteilen, so wird die britische Regierung sehr wahrscheinlich öffentlich erklären, daß die derzeitige Politik Frankreichs zum Ruin Europas führt und wird Verhandlungen mit Deutschland auf der Grundlage des deutschen Reparationsangebots vom 7. Juni einleiten.“ Wenn Frankreich es ablehnt, daran teilzunehmen, wird Großbritannien selbständig vorgehen. Möglicherweise wird eine Konferenz neutraler Staaten einberufen werden zu dem Zweck, eine Einigung mit Deutschland ohne Frankreich herbeizuführen.

Die belgische Kabinettskrise lieferte Poincaré einen willkommenen Vorwand, der unbequemen Fragebogen Curzons unbeantwortet zu lassen. Willkommen war ihm diese Verzögerung besonders deshalb, weil er sich durch einen verstärkten Druck auf das Ruhrgebiet, durch den er den unangenehmen passiven Widerstand zu brechen gedachte, einen neuen Boden für seine Gewaltpolitik legen wollte. Er gedachte, vollendete Tatsachen zu schaffen, ehe er gezwungen würde, Farbe zu bekennen. Die Ruhrbesetzung hat ihm den Gefallen nicht getan.

Der verstärkte Druck hat im Gegenteil den Willen zum Durchhalten gestärkt. Aber England beginnt allmählich die Geduld über die Verzögerung zu verlieren, zumal nach der Lösung der belgischen Kabinettskrise kein ersichtlicher Grund mehr dafür vorliegt. Der Ton, der in letzter Zeit ein Teil der englischen Presse gegen den Entente-Block anschlägt, läßt wenigstens solche Gedanken aufkommen. Besonders deutlich wird der Observer, der sich durch die Veröffentlichungen des Tirard'schen Geheimberichts bei den Franzosen schon reichlich unbeliebt gemacht hat. Sein diplomatischer Mitarbeiter stellt als die in regierenden Kreisen herrschende Auffassung fest, daß man sich in London keineswegs mit einer mündlichen Beantwortung des Fragebogens begnügen würde, worauf Poincaré besonderen Wert zu legen scheint, sondern unbedingt eine schriftliche Antwort verlange, die eine genaue Beurteilung der Pläne gestatte. Für den Fall, daß Poincaré sich diesem durchaus berechtigten Verlangen nicht fügen wolle, werde die englische Regierung ihre Grundsätze in der Entschädigungsfrage veröffentlichen und auch in aller Öffentlichkeit Frankreich die Schuld für die unglücklichen Folgen der unverantwortlichen Verzögerung zuschieben. Die Aufforderung an den Bundesgenossen nahm zum Schluß sogar ein recht drohendes Gepräge an. Der Mitarbeiter des Observer betonte, immer unter Berufung auf amtliche Kreise, daß die englische Regierung mit Deutschland allein verhandeln werde, wenn Frankreich nicht innerhalb einer Woche zu einer Einigung komme. Daß der „Temps“ verlangt, die englische Regierung solle den Observer züchtigen, nimmt nicht wunder. Eine andere Frage ist aber die, ob es England wirklich zu einem Bruche der Entente kommen lassen wird, — denn besondere Verhandlungen mit Deutschland würden nicht mehr und nicht weniger als dies bedeuten.

Der Observer Bericht echt.

London, 2. Juli. Gegenüber dem Dementi aus Paris betont der „Observer“, daß der am vorigen Sonntag von ihm veröffentlichte Geheimbericht über die Verhandlungen französischer Vertreter mit Dr. Vortin ein authentisches Dokument sei. Die französische Ablehnung halte sich an Nebenpunkten. Das Blatt hebt hervor, daß die Veröffentlichung nicht gegen Frankreich gerichtet war, sondern gegen die Kreise in Paris die altmodische Ansichten über die Art des besten Schutzes für die französische Ökonomie vertreten. Diese Ideen seien mit dem Gedanken der Aufrechterhaltung des Friedens und der Entente nicht zu vereinen.

Ein dreifaches Druckmittel.

Paris, 2. Juli. In der „Liberte“ wird die Behauptung aufgestellt, daß drei Ereignisse, nämlich die Frage von Langer, die Frage über die Saarregierung und die Frage über das Ruhrgebiet als ein dreifaches Druckmittel angesehen werden könnten. Die vorbereitende Konferenz für Langer, die in London eröffnet wurde, ohne daß die Angelegenheit heute dringender sei als gestern, nehme sie sich nicht aus, wie eine Art Einkreisung die mit Hilfe Spaniens gegen Frankreich eingeleitet werden soll? Die britische Regierung verlange eine Enquete im Saargebiet. Diese Enquete widerspreche aber dem Friedensvertrag. Sei es möglich, daß England Frankreich zum Nachgeben zwingen wolle, anstatt Deutschland? Die Politik müsse mit Tatsachen rechnen und es gebe eine neue Tatsache, das Attentat von Duisburg, das die Wiederherstellung des Kabinetts Rheinlands begründet habe. Die Belgier würden sich der Ehre des Krieges erinnern, und sich nicht geneigt zeigen, nach dieser Warnung mit Deutschland zu verhandeln, bevor der passive Widerstand eingestellt sei, dessen terroristischer Charakter anwachsen, wenn man ihn nicht zerschmettere.

Kursänderung in Paris.

Paris, 2. Juli. Das Pariser Kabinett hat die heutigen Abendblätter berichtet, noch keine offizielle Nachricht aus London erhalten, wonach die englische Regierung eine mündliche Antwort auf ihren Fragebogen als ungenügend ansehen würde. Ein Teil der Abendzeitungen schreibt, daß, wenn Lord Curzon sich mit einer mündlichen französischen Erklärung nicht zufrieden geben würde, eine schriftliche Antwort auf den Fragebogen verlangen würde, Poincaré sich wahrscheinlich nicht weigern werde, ihm zu willfahren, obwohl er zweifellos die mündlichen Verhandlungen vorziehe. Aber es würde wenig klug sein, sich über einen derartigen Gegenstand zu streiten.

Ein bestätigende: englisches „Dementi“.

Paris, 3. Juli. Havas veröffentlicht eine Auslegung der Reuter-Agentur, die folgenden Wortlaut hat: Man erklärt in zuständigen Kreisen, daß es völlig verfrüht ist, von einem Sondervergehen bei der britischen Regierung zu sprechen. Eine derartige Frage hängt vom Kabinett ab und das erste, was notwendig ist, bevor es seine Haltung bestimmt, ist die Kenntnis des französischen Standpunkts. Was die Haltung Großbritanniens betrifft, bemerkt man, daß es auch verwüstete Gebiete aufweist, in Form eines zerstückelten Handels, der sich nicht wieder erholt. Die öffentliche Meinung wird ungeduldig und alles hängt von der französischen Antwort ab und man kann nicht voraussehen, was Großbritannien tun wird, wenn es unmöglich ist, beide Standpunkte miteinander in Einklang zu bringen.

„Weittragende Entscheidung“ in den nächsten 48 Stunden.

London, 3. Juli. Da der gestrige Tag kein neue Wendung in der englisch-französischen Aussprache über das Reparations-

problem brachte, wurde die Spannung, die zurzeit in London herrscht, durch die neueste Verzögerung der französischen Antwort erheblich erhöht. Nicht nur, wie bereits gemeldet wurde, im Sitzungssaal, sondern auch in der Wandelgängen des Unterhauses wurden die Minister gestern Abend von den Mitgliedern aller Parteien darüber interpelliert, was England zu tun gedenke, wenn Frankreich fortfähre, eine klare Antwort hinauszuschieben oder eine mündlich erteilte Antwort sich als ungenügend sich herausstellen könnte. Den Parlamentariern wurde die Antwort zuteil, wie sie den Journalisten bereits im Lauf des Tages von den hiesigen amtlichen Stellen übermittelt wurde, wonach das englische Kabinett sich zu keiner Eventualpolitik bisher entschlossen habe. Daß die englische Regierung in den nächsten 48 Stunden aber in die Notwendigkeit versetzt werden könnte, weitreichende politische Entscheidungen zu treffen, geht heute morgen wiederum aus den Versicherungen fast aller Blätter hervor. Die liberalen Zeitungen und der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph warnen Frankreich dringend davor, die öffentliche englische Meinung zu unterschätzen, die entschlossen sei, die Regierung dabei zu unterstützen, jetzt eine klare Antwort über alle Phasen der künftigen französischen Reparations- und Okkupationspolitik zu erhalten.

Frankreichs Antwort an England.

London, 3. Juli. Heute nachmittag hat erst der belgische Botschafter und in späterer Abendstunde der französische Botschafter Lord Curzon die langen mündlichen Ausführungen der Antwort ihrer Regierungen auf den englischen Fragebogen über die Reparationspolitik und den Ruhrkonflikt übermittelt. Ob die Ausführungen der beiden Diplomaten, die insgesamt mehrere Stunden in Anspruch nahmen, auch noch in schriftlicher Aufbereitung der englischen Regierung für die morgen zu erwartende wichtige Beratung des englischen Kabinetts übermittelt werden, ist bisher amtlich noch nicht bekannt gegeben worden.

Heute vormittag hat sich in hiesigen unterrichteten politischen Kreisen eine etwas optimistischere Auffassung der Lage durchgesetzt, die in den nachstehenden Ausführungen des an sich wenig franzosenfreundlichen diplomatischen Berichterstatters der Pall Mall Gazette treffend zum Ausdruck kommt: Trotz aller in manchen Kreisen kolportierten Gerüchte über die englische Politik und über die Möglichkeit eines selbständigen Vorgehens bleibt die Lage unverändert. Die Politik der englischen Regierung bestehe auch weiterhin auf einer Zusammenarbeit mit Frankreich. Wenn die Schwierigkeiten auch außerordentlich groß sind, so verfolgt der Außenminister Lord Curzon doch diese Politik mit der vollen Zustimmung des Kabinetts.

Italien einhellig gegen Frankreich.

Rom, 30. Juni. Die „Idea Nazionale“ ironisiert in einem Leitartikel im Voraus die Ausflüchte und Redensarten, welche die französischen Blätter und Poincaré gebrauchen werden, um sich gegenüber dem Schreiben des Papstes zu verteidigen. Das Blatt zeigt alsdann, wie Frankreich das Deutsche Reich zerstückeln und zerstören möchte und meint, daß sowohl das menschliche wie das christliche Gefühl sich gegen die systematische Auszehrung eines großen Volkes, in welchem Tausende von Kindern litten und sterben, auflehnen müßten. Frankreich dürfe sich nicht wundern, wenn die öffentliche Meinung ganz Europas sich besonders in der Ruhrfrage von Frankreich losage. Italiens öffentliche Meinung sei einhellig gegen Frankreich, ebenso die Interessen und die öffentliche Meinung Englands. Sogar Belgien suche sich Frankreichs Vormundschaft zu entziehen. Der Papst bedauere jetzt feierlich in warmer, ernster und aufrichtiger Sprache Frankreichs Haltung, sobald Frankreichs Politik vollständig isoliert sei. Die Worte des Papstes würden den größten Widerhall finden, weil er die Meinung der ganzen Welt auf seiner Seite habe.

Zum Papstbrief.

Paris, 1. Juli. Havas meldet aus Rom, der französische Botschafter beim Vatikan habe eine Audienz beim Papst gehabt, die 2 Stunden dauerte. Obwohl keine amtliche Mitteilung darüber erfolgt sei, bestätige man, daß der Vertreter Frankreichs beim Vatikan nachdrücklich die Gründe erläutert habe, warum der päpstliche Brief sowohl in amtlichen Kreisen Frankreichs als auch im französischen Volk Erregung hervorgerufen habe. Man füge hinzu, der heilige Vater sei davon „sehr berührt“ und man verhehle nicht vorauszuweisen, daß der Schritt „nicht ohne günstiges Ergebnis“ bleiben werde. In der Pariser Ausgabe des New York Herald wird behauptet, Deutschland habe von dem Schreiben des Papstes schon seit 14 Tagen Kenntnis gehabt. Diese Behauptung, die offenbar darauf berechnet ist, den verächtlichen Absichten des Papstes entgegenzuwirken, ist völlig erfunden. Die deutsche Regierung hat von dem Schreiben des Papstes erst durch seine Veröffentlichung Kenntnis erhalten.

Frankreich rudert der Vatikan.

Rom, 3. Juli. Ueber den Schritt des französischen Botschafters berichten die Zeitungen sehr widersprüchlich, während der Vatikan schweigt. Eine halbamtliche Agenturmeldung gibt nur bekannt, daß, wenn der französische Botschafter einen Protest hätte vortragen wollen, er ihn dem Kardinalsekretär hätte vortragen müssen. Der Papst würde jedenfalls von niemanden Vorhaltungen erwidern. Vielleicht ist übrigens das Telegramm an den Puntius Pacelli in Berlin das Ergebnis der Unterredung mit dem französischen Botschafter insofern, als der Papst die Gelegenheit ergreift, um seine Unparteilichkeit zu beweisen. Die Tribuna teilt mit, der Botschafter Sonnart hätte den Papst auseinandergesetzt, daß die Aufforderung an Frankreich sich einem internationalen Schieds-

gerichtet zu stellen, sich nicht mit der Würde der französischen Nation vertragen. Auch habe er aufmerksam gemacht, daß es schwierig wäre, zu behaupten, ob Deutschland Beweise seines guten Willens gegeben habe oder nicht. Ueber die Antwort des Papstes sagt die Tribuna nichts, doch erfährt ihr Berichterstatter, daß der Papst dem französischen Botschafter nicht verhehlt habe, daß die Art der Poincaréschen Erwiderung auf seinen Brief ihn aufs Tiefste getroffen habe. Der Papst soll sogar einen Vergleich zwischen Poincaré und Combes gezogen haben. Daß man sich gründlich ausgesprochen hat, geht daraus hervor, daß die Unterredung 1 1/2 Stunde dauerte. Heute soll der belgische Botschafter vom Papst empfangen werden.

Der Papst gegen die Sabotage-Akte.

Rom, 3. Juli. Unter dem Eindruck der Nachricht des Eisenbahnunglücks bei Duisburg hat der Papst durch Kardinalstaatssekretär Gasparri das folgende Telegramm an den Nuntius Pacelli in Berlin richten lassen: „Während der heilige Vater sich mit seinem Briefe bemühte, die Mächte zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu führen und während er bestrebt ist, alles vermeiden zu lassen, was eine solche Verständigung verhindern könnte, erfahre ich zu meinem lebhaften Schmerz, daß in den besetzten Gebieten Sabotageakte und andere Verbrechen unter der Devise der passiven Resistenz begangen werden. Seine Heiligkeit beauftragt mich, energische Schritte zu unternehmen, damit die dortige Regierung in für allemal einen solchen verbrecherischen Widerstand verurteilt, so wie der Heilige Vater ihn verurteilt.“

Der Schritt der Kurie ist, wenn er sich in dieser Form bewahrheitet, geeignet, das allergrößte Aufsehen zu erregen, da er sich nicht nur als ein aktives Eingreifen in innerpolitische Angelegenheiten des Reiches charakterisiert, sondern auch eine unzureichende Orientierung über die von der Reichsregierung stets vertretenen staats- und völkerrechtlichen Begriffe erkennen läßt. Ehe ein klares Urteil über den Inhalt des Telegramms möglich ist, wird deshalb die Bräutigam der Meldung abzuwarten und dann auch zu überlegen sein, in welcher Form es der deutschen Regierung übermitteln wurde.

Aussprache des Nuntius Pacelli mit dem Reichskanzler.

Berlin, 3. Juli. Der päpstliche Nuntius Pacelli hat sich heute nachmittag aus München nach Berlin begeben, um mit der Reichsregierung wegen des Telegramms des Papstes über den Vorfall bei Duisburg Fühlung zu nehmen. Hierzu erfahren wir, daß sich bei der Aussprache, die Nuntius Pacelli morgen vormittag mit dem Reichskanzler haben wird, möglicherweise Tatsachen ergeben, die geeignet sein könnten, die Situation in ein für den Papst neues Licht zu rücken.

Entstellung der Wahrheit.

Das amtliche Organ der interalliierten Rheinlandkommission, das „Echo du Rhin“, leitet seine Meldungen über das Eisenbahnunglück bei Duisburg-Hochfeld mit Sätzen ein, die eine unerhörte Beschimpfung des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten bedeuten. Das Blatt behauptet, daß dieses schreckliche Attentat, dem viele belgische Soldaten zum Opfer gefallen sind, von deutschen Verbrechern verübt worden sei, die dafür von Cuno bezahlt und von Ebert belobt worden sind. An anderer Stelle jedoch muß das Blatt feststellen, daß bisher die Untersuchung ein abschließendes Ergebnis nicht gezeigt habe. Gleichzeitig teilt das Blatt aber mit, daß eine mit der Untersuchung betraute Kommission festgestellt habe, das Attentat sei mittels einer Bombe mit Zeitzünden verübt worden. Aus anderen französischen und belgischen Meldungen geht jedoch hervor, daß das Unglück auf die Explosion eines Gasbehälters eines Waggons in dem betreffenden Zuge zurückzuführen ist. Wenn das „Echo du Rhin“ unter Benützung dieser Meldung feststellt, daß die Explosion von solcher Wirkung gewesen sei, daß der Eisenbahnwagen völlig pulverisiert worden sei, so erscheint es immerhin eigenartig, daß die Untersuchungskommission sofort an Ort und Stelle festgestellt hat, daß das Attentat durch eine Bombe mit Zeitzündung ausgeführt wurde. Aus dieser Zusammenstellung von Nachrichten des „Echo du Rhin“ über das Unglück von Duisburg ergibt sich schlagend, daß die Ursache des Unglücks bis zur Stunde noch nicht festgestellt werden konnte, daß aber aller Wahrscheinlichkeit nach das Unglück durch falsche technische Behandlung der Gasbehälter für die Beleuchtung des Zuges herbeigeführt wurde. Wenn nun französischerseits alles versucht wird, um dieses Unglück als ein „verbrecherisches Attentat“, das von der deutschen Regierung veranlaßt und bezahlt wird, hinzustellen, wenn man ferner die

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

42) Nachdruck verboten. „Die Eltern zu besitzen ist für jeden das höchste Glück“, fuhr Almida fort, „und jede Mutter hat die Pflicht, ihre Gesundheit nach Möglichkeit zu schonen, um sich deren Verlust unersetzlich, ihrem Kinde zu erhalten.“ Und in Gedanken setzte sie hinzu: „Ich hoffte, Du würdest mir die Mutter ersetzen.“ Frau Wengdorf aber sagte: „Sie denken über alles tief und christlich nach, Fräulein. Ich glaube wohl, daß ich mein Leben lang sehr oberflächlich gewesen bin. Aber zum Gutmachen ist es ja wohl nie zu spät. Ich habe Sie lieb gewonnen. Ihres innigen Wesens wegen, und oft habe ich mir gedacht, daß das Mädchen, welches mein Sohn einmal heiratet, sein müßte, wie Sie. Schade, daß Sie arm sind und unseren Gesellschaftskreisen nicht angehören. Dreimal schade. Denn Hubert kann nur ein reiches Mädchen aus ansehnlichem Hause heiraten. Ich würde, wenn es sich um Huberts Glück handelte, gern ein Auge zu drücken. Aber mein Mann hat seine starren Grundzüge. Von denen geht er nicht ab. Danach muß unser Sohn sich richten. Aber ich möchte Sie um etwas bitten.“ Almida beugte sich, über und über rot, über die schmale, abgekehrte Hand von Huberts Mutter und küßte sie. „Ich weiß nicht, wie ich Ihnen danken soll, gnädige Frau. Sie machen mich so glücklich!“ „Um dieses heitere, zufriedene und dankbare Gemüt beneide ich Sie, Kind, und ich möchte Sie bitten, mich an diese Stunde zu erinnern, wenn ich wieder ungenießbar und abweisend gegen meinen Mann bin. Ich hatte mir ein abweisendes gereiztes Wesen ihm gegenüber angewöhnt. Aber jetzt in meiner Schwäche, wo ich viel Zeit zum Nachdenken habe, sehe ich ein, wie häßlich das war. Wenn ich wieder gesund werde, will ich gut sein, Helfen Sie mir dabei, Kind!“ „Ja, gnädige Frau, o, wie gern!“ Doktor Mertens unterbrach durch sein Eintreten diese Szene. Fast zugleich mit ihm kam die Pflegerin. Des Doktors Blicke folgten Almidas schlanker Gestalt.

Maßnahmen betrachtet, die ohne Prüfung des Tatbestandes nicht nur gegen die Stadt Duisburg, sondern gegen die Bevölkerung des ganzen besetzten Gebietes in Form der allgemeinen Absperrung verhängt wurden, so kann man unschwer erkennen, daß den Franzosen dieser Vorfall gerade gut genug ist, um ihn in verbrecherischer Weise propagandistisch gegen Deutschland auszunutzen.

Ueber die psychologisch-politische Wirkung des Vorfalles darf man sich in Deutschland nicht im Unklaren sein. In englischen politischen Kreisen befürchtet man eine besonders verhängnisvolle Einwirkung auf die öffentliche Meinung Belgiens. Während man Londoner Telegrammen zufolge in den letzten Wochen in England mit Genugtuung verfolgte, wie maßgebende Wirtschaftskreise Belgiens in der Lage waren, einen starken Einfluß auf die Regierungs-politik im Sinne einer belgischen Liquidation der Ruhrbesetzung auszuüben, hat das Attentat in Duisburg die belgische Reparations-politik wenigstens bis auf weiteres in die Hand belgischer Militärs gelegt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die belgischen Generale die Unterwerfung des Ruhrgebietes mit dem für psychologische und politische Verhältnisse blinden Auge betrachten, wie die französischen Gewalttäter.

Die Opfer des Duisburger Eisenbahnunglücks.

Essen, 2. Juli. Die Zahl der durch die Eisenbahnkatastrophe bei Duisburg ums Leben gekommenen belgischen Soldaten hat sich bis heute mittag auf 20 erhöht. Doch dürfte sich diese Totenzahl noch vergrößern, da mehrere Personen, darunter auch einige Deutsche, im Duisburger Krankenhaus mit dem Tode ringen und kaum mit dem Leben davonkommen dürften.

Das Duisburger Unglück, bestellte Arbeit.

Die Urheberhaft an dem Unglück auf der Duisburger Rheinbrücke ist noch völlig ungeklärt. Keinem Deutschen hat bis jetzt die Schuld nachgewiesen werden können. Man denke, welche Möglichkeiten sich aufstufen angesichts einer Meldung aus Frankfurt a. M., wonach ein in deutschem Polizeigewahrsam befindlicher Duisburger Arbeiter unter genauer Angabe von Ort und Zeit eingestanden habe, daß er bei einer Zusammenkunft mit belgischen Geheimpolitikern von diesen erlucht worden sei, gegen das Duisburger Rathaus und gegen das Theater Bombenanschläge zu unternehmen. Sollte ein nach diesem Muster gedungener Agent proacateur auch auf der Unglücksbrücke die Hand im Spiele gehabt haben? Die Franzosen melden merkwürdiger Weise plötzlich zahlreiche Bombenfunde. So seien vor dem Eingang zum Mainzer Tunnel zwei Bomben mit Zeitzündern aufgefunden worden. Eine der Bomben sei explodiert, ohne erheblichen Schaden anzurichten, während die zweite von einem Artillerieoffizier unschädlich gemacht worden sei. Die Untersuchung sei noch im Gange. Den Franzosen dienen die Funde — oder wenigstens die Behauptungen von Funden, nachprüfen kann sie niemand — als Vorwand zu Strafen und Schikanen, zur Steigerung des Drucks, darauf kommt es ihnen allein an.

Unter der Fremdherrschaft.

Zeitweise Besetzung der Krupp-Werke durch die Franzosen.

Berlin, 2. Juli. Wie die „B. Z. a. M.“ aus Essen erfährt, sind die Krupp'schen Werke gestern nachmittag von den Franzosen zum Teil besetzt worden. Bei dem großen Umfang der Anlagen fehlt es noch an genauen Angaben. Es steht jedoch bereits fest, daß die Zechenanlagen, die elektrischen Anlagen und die Lokomotiv- und Wagenbauabteilung besetzt wurden. Ob es sich um eine vorübergehende Besetzung zu Reparationszwecken oder um eine dauernde Besetzung handelt, steht noch dahin. Ein großer Teil der Arbeiter konnte heute früh wegen der Besetzung nicht mehr zur Arbeitsstätte gelangen. — Wie die Blätter zur Besetzung der Krupp'schen Werke aus Essen melden, haben es die Franzosen anscheinend ähnlich wie bei den rheinischen Stahlwerken und der rheinischen Metall- und Maschinenfabrik in Düsseldorf auf die Beschlagnahme und den Abtransport der in den Krupp'schen Werken aufgestellten Fertigerzeugnisse abgesehen. Namentlich in der Lokomotiv- und Wagenbauwerkstätten haben sich in den letzten Monaten große Mengen von neuen Lokomotiven und Eisenbahnwagen angeammelt.

Weitere Ausdehnung der Besetzung.

Dortmund, 2. Juli. Die Franzosen dehnen die Besetzung weiter aus. In den heutigen Morgenstunden wurde Westhofen zwischen Schwerte und Hamm besetzt.

Bomben vor dem Mainzer Tunnel.

Paris, 2. Juli. Die Havas-Agentur meldet, daß vor dem Eingang zu dem Mainzer Tunnel zwei Bomben mit Zeitzünden

Wie ein Dürstender sah er ihr nach, als sie hinausging. Sie war viel zu erregt, um sich an einer gleichgültigen Unterhaltung beteiligen zu können.

Draußen stürmte es wohl noch, aber es regnete nicht mehr. Almida brauchte frische Luft. Sie zog feste Lederschuhe an, warf ihren Wettermantel über die Schultern und eilte ins Freie. Mertens sah sie vom Fenster aus. Er hatte sich teilnahmenvoll nach Algas Befinden erkundigt. Doch seine Gedanken waren nicht bei seinen Worten.

Unter einem Vorwande ging er hinaus und folgte Almida. Er holte sie bald ein.

In strahlender Schönheit lugte ihr Gesicht unter dem grauen Capuchon, den sie über das Haar gezogen, hervor. Sie wirkte wie eine Märchen- und wie die strahlende, lachende Lebensfreude selbst. Und er hatte glauben können, daß sie ihm gehören werde! Er kam sich täppisch und lächerlich vor. Er unterdrückte seine Sehnsucht nach ihr, sein heißes Weh, und sprach ruhig und vernünftig mit ihr. Und überlegte unablässig, wie er ihr, die er so verschwiegen und über alle Maßen liebte, helfen, wie er für ihr Glück sorgen könne.

Er fragte und Almida antwortete; sie sagte ihm was sie mußte, und er hörte noch viel mehr heraus.

„Franz hatte seine Eltern verloren und stand allein in der Welt da. Da war es doch das Natürlichste, daß Papa ihn in unser Haus nahm. Er wollte es allerdings nicht tun. Aber ich hat so lange, bis Papa mir den Willen tat. Und ich freute mich damals riesig auf den neuen Better. Aber es kam dann doch alles anders. Franz verstand sich nicht gut mit uns. Besonders zwischen Papa und ihm bestanden oft Meinungsverschiedenheiten. Eine Zeitlang wollte Franz mich glauben machen, daß ich ihm mehr wert sei, als eine Verwandte, aber ich konnte es ihm nicht glauben. Und als er einja, daß er kein Glück mit seiner Verstellung bei mir hatte, da begann er mich zu hassen. Ich fing zuweilen einen seiner lauernden Blicke auf, die mir angstvolles Herzklopfen verursachten. Und ich habe mich darin ja nicht getäuscht. Es war ein Triumph für ihn, mich wie eine Bettlerin aus dem Hause weisen zu können. Er weiß nicht, Herr Doktor, daß ich mich hier, im Hause von Huberts Eltern befinde. Er darf es auch nicht erfahren.“

aufgefunden worden seien und eine der Bomben war explodiert, ohne Schaden angerichtet zu haben, während die zweite von einem Artillerieoffizier unschädlich gemacht wurde. Die Untersuchung sei noch im Gange. Die üblichen Sanktionen gegen Mainzer Beamte werden erlassen werden, die bei derartigen Anlässen vorgehene Verkehrsbeschränkungen seien in Vorbereitung.

Schwere Gefährdung eines D-Zuges durch die Franzosen.

Stuttgart, 3. Juli. Das Aufreißen der Eisenbahnschienen bei Langen durch die Franzosen geschah nach einer Mitteilung eines höheren Eisenbahnbeamten in der Nacht und ohne Verständigung der Eisenbahnbehörden. Die Folge davon war, daß ein Schnellzug von Frankfurt a. M. morgens in vollster Fahrt bis 500 Meter an die zerfällte Stelle heranfuhr, wo er im letzten Moment wie durc' ein Wunder zum Stehen gebracht wurde. Wäre der Zug mit voller Geschwindigkeit in die zerfällte Stelle hineingefahren, dann hätte sich ein Eisenbahnunglück von unausdenkbar fürchterlicher Tragweite abgepielt. — Wenn aber ein Unglück passiert wäre, dann wäre es sicherlich wieder deutscher „Sabotage“ zur Last gelegt worden.

Auch der Verkehr auf dem Wasserweg wird unterbunden.

Essen, 3. Juli. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Absicht, auch den Verkehr auf dem Wasserwege zu sperren, um den Reiseverkehr vollständig lahm zu legen. Die Absperrung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland geht so weit, daß ein Transport des Roten Kreuzes mit kleinen Kindern, die aus dem unbesetzten Gebiet nach Essen zurückkehren, wollten, in Gelsenkirchen liegen bleiben mußte.

Verkehrssperre bei Rehl.

Paris, 3. Juli. Wie die Havasagentur in einem Telegramm aus Straßburg feststellt, bezieht sich die Absperrung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland auch auf den Brückenkopf von Rehl. Die französischen Geschäftsleute werden deshalb aufgefordert, wenn sie Waren bis an die Handelskammer von Straßburg zu wenden, um dort alle erforderlichen Auskünfte über die deutschen Empfänger einzuholen. Die Handelskammer werde sodann die Ausfuhrgenehmigung dem Delegierten der rheinischen Oberkommission in Rehl übermitteln.

Verschärfung der Vorichtsmaßnahmen.

Oberhausen, 1. Juli. Anscheinend infolge der gestrigen Explosion in dem belgischen Zug bei Duisburg wurden die Vorichtsmaßnahmen der Besatzungsmächte bedeutend verschärft. Vor Eisenbahnbrücken, unter denen die elektrischen Bahnen durchfahren müssen, werden deren sämtliche Fahrgäste gezwungen, auszuweichen; sie werden genau untersucht und müssen unter höflichen Zurufen französischer Arbeiter, die auf beiden Seiten des Fahrdammes stehen, mit aufgehobenen Händen unter der Brücke durchgehen und dürfen erst auf der anderen Seite wieder einsteigen. In Orten an der Grenze des besetzten Gebietes wurden gestern den Passanten von den Belgiern ganze Stöße von Pfiffen, obwohl sie das vorchriftsmäßige Wisum trugen, abgenommen.

Verstärkte Antriebe der rheinischen Separatisten.

Rhein, 2. Juli. Gleichzeitig mit der völligen Absperrung des besetzten vom unbesetzten Gebiet jetzt eine verstärkte Propaganda der rheinischen Separatisten ein. In gut unterrichteten Kreisen ist man der Auffassung, daß die französischen Agenten Dorten und Smeets die Stunde für gekommen erachten, um ihre sonderbündlichen Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Als Tag der Ausrufung der rheinischen Republik wird der 14. Juli, an dem die Franzosen bekanntlich ihr Nationalfest feiern, genannt. Diese Gerüchte gewinnen umso mehr an Wahrscheinlichkeit, als die Franzosen das begrifflichste Interesse haben, sobald als möglich ihre bekannten Ziele zu verwirklichen, denn nach den kürzlich veröffentlichten Nachrichten in England und Amerika die Auffassung immer mehr zu, daß die Dorten und Smeets keineswegs Führer einer rheinischen Volksbewegung, sondern bezahlte Agenten Poincarés sind.

Harde und der Ruhrkampf.

Kopenhagen, 29. Juni. Die deutschfeindliche „Nationaltidende“ läßt sich von ihrem für Poincaré entflammten Pariser Korrespondenten jabelnd melden, daß Maximilian Harde dem „Telegraaf“ gegenüber der Wahrheit die Ehre gegeben habe: alle in Deutschland wütheten, daß der Ruhrkampf verloren sei. Glücklicherweise hat man auch hier im Norden längst gelernt, Harde's geistvolle Drakelsprüche skeptisch zu beurteilen. Trotzdem läßt sich noch mancher Prominente von seiner Paradoxie blenden. In „Politiken“ veröffentlicht Harde unter dem Titel „Europa, erwache“ einen Artikel, der von neuem verriet, wie vollkommen verständnislos er letzten Endes in seinen psychologischen Kulturanalysen dem gegenwärtigen Kampf der deutschen Seele gegenübersteht. Sein Aufsatz enthält in ein paar Punkten treffende und berechtigte Sätze, in der Hauptsache aber vollführt er ein effektvolles Hofnarren-Schauspiel, berechnet auf den Beifall der Leute vom Schlage der „Nationaltidende“, unwürdig eines Deutschen, der sein Land und Volk unter der Krante des Heingers leiden sieht. In seiner Kritik der Handlungen der Regierung Cuno wird nicht mit einer Andeutung der turmhohen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, gedacht. Sie wünscht am Ruder zu bleiben, das erklärt ihm alles, auch ihre jegliche größere „Nachgiebigkeit“.

Ausharren im Abwehrkampf!

Eine Antwort auf Poincarés Senatsrede.

Berlin, 1. Juli. Dem Wolff-Büro wird zu der neuesten Rede des französischen Ministerpräsidenten von maßgebender Seite geschrieben:

In seiner gestrigen Senatsrede hat Poincaré mit ungewöhnlich plumphem Hohn der französischen Einbruchsarmee die Aufgabe zugewiesen, die deutsche Republik gegen ihre Verirungen zu verteidigen. Seitdem sie als Bedeckung einer rinfachen Ingenieurkommission mit 50 000 Mann in das Ruhrgebiet eingefallen ist, hatte die französische Truppe vielerlei zu verrichten: Bankraub, Feindplünderungen, gewalttätige Austreibung zahlloser Familien, Menschenjagden, Hinrichtungen und Massentötungen.

Daß wir in allen diesen barbarischen Akten eine Verteidigung der deutschen Republik zu sehen hätten, war uns bisher von Poincaré nicht zugehen uet worden; mit dieser Wendung hat Poincaré zweifellos den Höhepunkt scheinbelliger Rhetorik erreicht. Uebrigens stellt sich seine Rede in unerfüllter Brutalität als ein neuer, nach den verschiedensten Seiten gerichteter Einschüchterungsversuch dar: Nach „nnen wendet er sich gegen diejenigen Franzosen die an ier Zweckmäßigkeit der Ruhraktion zweifeln; nach außen schlägt Poincaré auf alle, die auf eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems und auf eine endliche Befriedung des leidenden Europa hinarbeiten. Besonders sucht er natürlich in Deutschland Eindruck zu machen, wo man

noch immer magt, das Recht auf Leben und Dasein mit den Mitteln zu verfahren, die einem waffenlosen Volk im passiven Widerstand gegeben sind. Die von Poincare angewandte Gewaltmethoden sind, so oft er auch das Gegenteil behauptet, ergebnislos geblieben. Wirtschaftlich sind die Franzosen keinen Schritt vorwärts gekommen, trotz aller Opfer an moralischem Ansehen, mit denen sie die Politik Poincares bezahlten. Zum hundertstenmale sucht Poincare die Berechtigung der Ruhraktion nachzuweisen und er bleibt dabei, daß sie nicht vertrags- und völkerrechtswidrig sei. Vernehmlich bemüht er sich, den passiven Widerstand der Bevölkerung zu diskreditieren und die von ihm dagegen ergriffenen Mittel als die normalste Sache der Welt hinzustellen. Wenn er sich rühmt, 16 000 pflichttreue Beamte vertrieben zu haben, so errötet er freilich noch nicht einmal die Wahrheit: Bis heute mußten über 65 000 Menschen aus dem Rhein- und Ruhrgebiet Haus und Hof verlassen — gewiß ein überwältigender Beweis der Entschlossenheit der Bevölkerung zum Ausharren in dem aufgedrungenen Kampf! Die Anklagen Poincares ändern nichts an der Tatsache, daß die Bevölkerung die Kraft zu diesem Widerstand aus ihrem Rechtsbewußtsein und dem Willen zur Selbstbehauptung gegen eine Politik der Zerstörung schöpft. Die widerrechtlichen furchtbaren Bluturteile, zu denen die französische Militärjustiz schreitet, sind nur weitere Beweise dafür, daß die Politik Poincares einen Zustand der Gewalt und des Unrechts geschaffen hat, der nicht andauern darf. Poincare erklärt, daß er diesen Zustand auf unabsehbare Zeit aufrechterhalten will; die von Deutschland zur Beendigung des Konflikts gemachten Vorschläge will er keiner Antwort würdigen. Ganz bewußt und absichtlich versperrt er jeden Weg der Annäherung, weil er nur die Kapitulation will. Bei aller Heuchelei und allen Verdrungen ist seine Sprache in diesem Punkte völlig klar. Ebenso klar lautete daher die Antwort: Ausharren im Abwehrkampf!

Die Verhandlungen über die wertbeständigen Löhne.

Aus Anlaß der Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft über die Frage der wertbeständigen Löhne wies am Freitag der Deutsche Arbeitgeberverband vor Pressevertretern auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich der Lösung dieses Problems entgegenstellen. Nach Ansicht des Arbeitgeberverbands sei eine Lohnstabilisierung für sich allein nicht durchzuführen. Wenn z. B. in der Kohlenindustrie stabile Löhne in der Form vereinbart würden, daß für die Frist von 4 Wochen bestimmte Grundlöhne festgelegt würden, die für jede Woche mit dem Entwertungsfaktor zu multiplizieren seien, dann könne die Kohlenindustrie diese Belastung nur tragen, wenn sie gleichzeitig die Preise auf einen solchen Entwertungsfaktor einstelle. Eine Lohnstabilisierung würde die zwangsweise Umstellung der gesamten Wirtschaft auf eine Goldbasis zur Voraussetzung haben. Daß aus Gründen der allgemeinen Politik aber ein Entgegenkommen an die Arbeitnehmer unbedingt notwendig ist, sehen die Arbeitgeber durchaus ein und man dürfe das Prinzip vierwöchentlicher Tarifperioden, innerhalb deren die Löhne mit dem Entwertungsfaktor zu multiplizieren seien, als von ihnen für eine kurze Versuchsperiode von ein bis zwei Monaten als Notstandsmaßnahme für gebilligt ansehen. Strittig zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sei im wesentlichen die Frage, mit welchem Index multipliziert werden sollte.

Drei Billionen Fehlbetrag bei der Post.

Berlin, 3. Juli. Der Ausschuß des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium, der zur Beratung der Vorlagen über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren vom 1. August ab zusammengetreten war, hat sich mit den vom Reichspostminister vorgeschlagenen Gebührensätzen einverstanden erklärt. Der Entwurf der neuen Gebühreordnung geht nunmehr an den Reichsrat. Bei den Beratungen des Ausschusses erklärte der Reichspostminister in einer Begründung, daß der Jahresfehlbetrag der Reichspostverwaltung für 1923 auch nach der fassen in Kraft getretenen Erhöhung vom 1. Juli noch über 8 Billionen Mark beträgt. Der Jahresertrag der Sätze, die ab 1. August in Kraft treten sollen, wird auf etwa 4 Billionen Mark veranschlagt, so daß noch über 4 Billionen Mark ungedeckt bleiben würden.

Am die Postgebühren.

Berlin, 3. Juli. Ein Ausschuß des Verkehrsbeirats ist heute zusammengetreten, um die neuen Postgebühren für den 1. August festzusetzen. Das Ministerium schlägt als allgemeine Grundlage eine Erhöhung um 333 Prozent vor. Der Fernbrief soll 1000 Mark, die Fernpostkarte 400 Mk., das Ortsgespräch 500 Mark, die Grundgebühr für den Fernsprecher 500 000 Mk. betragen. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich in vielen Fällen eine Milderung der Vorschläge zur Folge haben.

Parteitag der demokratischen Partei Badens.

Heidelberg, 1. Juli. Am Samstag und Sonntag fand hier der deutsch-demokratische Parteitag statt, der mit einer Sitzung des erweiterten Landesauschusses gestern nachmittag eingeleitet wurde. Der Parteivorstand Abg. Dr. Hummel leitete die Tagung. Der Landesauschuss nahm zunächst den Bericht des Generalsekretärs Dees über den Stand der Parteibewegung entgegen. In der politischen Aussprache berichtete Abg. Dr. Glöckner über die Tätigkeit der Landtagsfraktionen, bemerkte dabei, daß Unterrichtsminister Dr. Hellpach das Vertrauen, das ihm die Fraktion durch eine Nominierung bekundet habe, durch seine bisherige Tätigkeit rechtfertige. In der Stellung der Parteien zu einander habe sich im Landtag nichts geändert. Dann sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Haas über die politische Lage. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung der Erhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands. — Dieser Sitzung des Landesauschusses war eine Frauentagung vorausgegangen, in der Abg. Frau Schraub ein Referat erstattete. Abends fand sodann eine wälderländische Kundgebung unter dem Motto „Deutsche Not und deutsches Hoffen“ statt. Universitätsprofessor Dr. Dibelus verlangte in seiner Begrüßungsansprache den Einsatz aller Kräfte, um Deutschland aus diesen schweren Tagen zu retten. Ein Parteifreund aus der Pfalz gab danach ein Bild von den Zuständen und Stimmungen in der Pfalz und bedauerte, daß die Entbehrungen und Leiden im besetzten Gebiete leider im unbesetzten noch nicht genügend bekannt seien. In der Pfalz gebe es keine Parteigegegnisse mehr, sondern nur noch eine einzige Frage, die Besetzungsfrage und den Protest gegen die französische Drangsalierungen. Reichstagsabgeordneter Dr. Haas erklärte, Rettung könne nur kommen, wenn sich das deutsche Volk festlich ändere und wenn es sich zum Geist der Opferbereitschaft durchringe.

Schließlich sprach noch Minister Dr. Hellpach, der die Frage: „Gibt es in der deutschen Not überhaupt noch ein deutsches Hoffen?“ bejahte unter Hinweis auf die hohe Mission des

deutschen Volkes. Zwei politische Fragen des neuen Europa tauchten auf, das deutsche Volk und das russische Volk, deren Geschichte miteinander verbunden ist. Großdeutschland müsse erobert werden.

Am Sonntag vormittag folgte der Unterbadische Parteitag, in dem Abg. Hofheinz den Vorsitz führte. Die württembergische Landtagsabgeordnete Mathild Planch überbrachte zunächst die Grüße aus dem Nachbarland und verbreitete sich dann über „Die inneren Kräfte unseres Volkstums“. Die Rednerin wies darauf hin, wie wir heute durch fremdes Kapital rekrutiert werden und wie der heutige Staat durch die Sonderinteressen der Wirtschaft unterwühlt wird. Die Politik der Demokratie müsse die Reformation des Rechts schaffen. Das allein könne das Ende der heutigen Verwirrung herbeiführen. Die Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen und der Berufszweige sei für uns in allererster Linie notwendig. Zu fordern sei: nicht Kampf der einzelnen Wirtschaftskreise, sondern ein friedlicher Wettlauf.

Danach verbreitete sich Reichstagsabg. Dietrich über die Lage der Staatsbeamten und Arbeiter. Er untersuchte, welche Bedeutung diese Frage im Rahmen des Staatsorganismus hat. Wenn gleich sich die Bezüge der Beamten gegenüber denjenigen vor zwei und drei Jahren verbessert hätten, so kämen sie doch immer noch nicht dem Friedenshalte nahe. Die unteren Beamten hätten heute nur 50—60 Prozent und die oberen nur 33 Prozent. Der Redner bemängelte das System der Ortsklassen, einteilung und teilte mit, daß augenblicklich über 29 000 Eingaben beim Reichsfinanzministerium zur Änderung der Ortsklasseneinteilung vorliegen. Mit Recht habe Baden von Anfang an das Sperrgesetz bekämpft. Gemeinden und Ländern müßte wieder die Verantwortung für ihre Einnahmen und Ausgaben zugewiesen werden, dann würde auch wieder ein ganz anderer Sparfahrlatz greifen. Ein 10 Millionenvolk könne nicht von Berlin und den dortigen Geheimräten verwaltet werden. Die Haltung der Eisenbahner und der Beamten im besetzten Gebiet zeige, daß bei ihnen noch ein starker Staatsgedanke lebendig ist. Das sei ein sehr gutes Zeichen und eine solche Beamten- und Arbeiterschaft werde beim Aufstieg des deutschen Volkes an erster Stelle zur Mitwirkung berufen sein.

Die großen Fragen der auswärtigen Politik behandelte dann Parteivorstand Hummel in längeren Ausführungen, zu deren Eingang er betonte, daß die demokratische Partei ihre Ziele ganz auf die neue Zeit und die Zukunft eingestellt habe. Der Selbstaufopferung der demokratischen Partei sei es zu danken, daß die Reichsregierung in Deutschland erhalten wurde. Für die demokratische Partei sei es ehrenvoll, daß sie mit so schweren Wessuren aus dem Kampfe der letzten vier Jahre hervorgegangen ist. Zu bereuen hat sie an dem, was sie getan, nichts. Auf den Ruhrkonflikt eingehend, erklärte der Redner u. a., der Schritt des Papstes verlange unsere höchste Dankbarkeit. Die Unversehrtheit Deutschlands sei die Vorbedingung für seine Leistungsfähigkeit. An die Reichsregierung müsse auf den Wunsch richten, sie möge den Versuch einer aktiven Politik auf dem Gebiete der Reparationen und der politischen Sicherungen für Frankreich machen. Nur wenn Frankreich bereit ist, auf seine Annexionspläne zu verzichten, hat es Sinn, aktive Politik zu treiben. Zeit, Geduld und Einigkeit benötigen wir zur Lösung der schwierigen Fragen. Die Mitursache an ihrer Verzögerung trägt aber auch der vollständige Zerfall der äußeren und inneren Politik in Deutschland. Alle Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Baden.

Bildungs- und Schulpolitik.

Der Deutsch-demokratische Parteitag Unterbadens hat gelegentlich seiner Heidelberger Tagung folgende Entschlieung einstimmig angenommen: Die Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei Badens sieht eine der größten Gefahren für das deutsche Volk in der Tatsache, daß durch die gesamte wirtschaftliche Not des Volkes die kulturelle Aufwärtsentwicklung sowohl in geistiger wie in sittlicher Hinsicht immer weiter zurückzusinken droht. Je größer aber diese Not, um so unerlässlicher wird es, die letzten Kräfte aufzubieten, um dieses Abwärtens zu verhindern und auch der Masse des deutschen Volkes noch eine Anteilnahme an den Kulturgütern der Nation zu ermöglichen. Grund der Voraussetzung hierfür sieht die D. D. P. in einer tieferegreifenden freiheitlichen Bildungs- und Schulpolitik des Reiches und der Länder. Die D. D. P. bedauert es darum auf das tiefste, daß die in der Reichsverfassung zum erstenmale verankerte Idee einer einheitlichen staatlichen Bildungspolitik immer noch nicht in der Schaffung von Ausführungsgeetzen des Reiches ihren Ausdruck fand. Die D. D. P. Badens sieht in der Lehrfreiheit und in der Freiheit der Lehrerpersönlichkeit von der Hochschule bis zur einfachsten Dorfschule ein unantastbares Gut, das gegen alle unstaatlichen Einflüsse zu verteidigen ihre oberste Pflicht ist.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 3. Juli. (Ehrung.) Wie wir von zuverlässiger Quelle erfahren haben, ist Herr Fabrikant Paul Ziegler in Essen — einem Sohne unserer Stadt — von der technischen Hochschule in Karlsruhe die Würde eines Ehrensenators wegen seiner Verdienste um Technik und Volkswirtschaft verliehen worden. Es dürfte für viele Sinsheimer von Interesse sein zu erfahren, daß Herr Ziegler in Buer eine industrielle Anlage (Maschinen- und Fettfabrik) von Bedeutung geschaffen hat, die zu den technisch vollkommensten Deutschlands gehört. Fachleute heben hervor, daß die Fettfabrik die größte ihrer Art in Deutschland ist. Dieses Werk ist entstanden aus Herrn Zieglers persönlicher Initiative und in allen Einzelheiten nach seinen eigenen Gedanken ausgeführt. Es paßt sich harmonisch seiner Umgebung an. Wir begrüßen die akademische Ehrung Herrn Zieglers um so mehr, als er — obgleich seine geschäftliche Tätigkeit und seine Lebensinteressen ihn weit von Sinsheim weggeführt haben — nicht aufgegeben hat, an seine Vaterstadt zu denken und bei dieser oder jener Gelegenheit mit seinem sozialen Empfinden auch tatkräftig einzuspringen.

Sinsheim, 3. Juli. (Streik.) Die Arbeiterschaft des Emailierwerkes Reinhold Stitz A.-G. ist wegen Lohnunterschieden am Montag Vormittag in den Ausstand getreten. Die Einigungsverhandlungen haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt.

Sinsheim, 4. Juli. (Beamtenfragen.) Die Lohn- und Gehaltspolitik der Regierung hat unter den Beamten des hiesigen Bezirkes eine außerordentliche Erbitterung hervorgerufen, deren Gründe auch der breiteren Öffentlichkeit bekannt gegeben werden sollen. Die Städte und Gemeinden des Reiches sind in 13 Ortsklassen eingeteilt, dazu kommen neuerdings noch 13 verschiedene Sonderzuschläge, jedoch es jetzt in Wirklichkeit 18 Ortsklassen gibt, in denen das Einkommen der Beamten verschieden ist. Dabei handelt es sich um sehr große Summen. In Mannheim erhält ein Beamter täglich 20 000—40 000 Mark mehr als im Sinsheimer

Bezirk. Derartige Unterschiede sind aber im Grenzland Baden in keiner Weise gerechtfertigt, denn das Leben auf dem Lande ist nicht um so viel billiger als in der Stadt. Wie der frühere bad. Minister Dietrich auf dem Demokratentag in Heidelberg ausführte, werden auch die Vorteile einer billigeren Gemeinde reichlich aufgehoben durch die Nachteile, die diese Orte in sich bergen, namentlich wenn ein Beamter mehrfacher Familienwater ist. Vor dem Kriege konnte ein Beamter auf dem Lande damit rechnen, in späteren Jahren in eine Stadt oder in ihre Nähe zu kommen, heute ist das wegen der hohen Umzugskosten und wegen der Wohnungsschwierigkeiten ausgeschlossen. Auch dienstliche Interessen werden oft zurücktreten müssen. Während ein Beamter in der Großstadt fast die Gewißheit hat, daß er sein Leben lang ihre Vorteile genießen kann, muß eine Verlegung auf das Land als lebenslängliche Verbannung empfunden werden. Wenn nun noch eine finanzielle Benachteiligung der Landbeamten in oben erwähnter Höhe hinzukommt, wird jedermann verstehen, wenn auch die Beamten des hiesigen Bezirkes, der als Grenzverwaltungsgebiet für Heidelberg und Mannheim nicht als billig gelten kann, gegen die Gehaltspolitik der Regierung Front machen. Zu diesem Zweck waren am letzten Samstag die Vertreter der Staatsarbeiter und Beamten aller Gemeinden des Bezirkes in Sinsheim beisammen. Man gewann in dieser Versammlung den Eindruck, daß die Ungerechtigkeiten des von Berliner Ministerialräten ernannten Gehalts- und Ortsklassensystems für den Bezirk unerträglich geworden sind. Einstimmig wurde eine Entschlieung angenommen, welche gegen die Benachteiligung des Bezirkes energisch protestiert und für sämtliche Orte des Bezirkes die Teuerungszulagen und Höherstufung im Ortsklassensystem verlangt. Die Beamtenorganisation wurde beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, um eine Besserstellung der Beamten des Bezirkes zu erwirken.

Sinsheim, 3. Juli. (Eine Million-Banknote.) Da jeden Tag Banknoten im Wert von mehreren 100 Milliarden Mark gedruckt werden müssen, wird von der Reichsbank die Herausgabe von 1-Million-Banknoten vorbereitet. Der Banknotenumlauf beträgt zurzeit etwa 13 Billionen Mark und hat in den letzten 2 Wochen um 2 Billionen zugenommen.

Epsenbach, 30. Juni. (Amtseinführung.) Am letzten Sonntag wurde hier Pfarrer R. Schultheiß von Dekan Weigle der Diözese Neckarbischofsheim in sein Amt eingeführt.

Speckbach, 2. Juli (Kriegerdenkmal.) Auf Anregung des hiesigen Militärvereins wird auch hier ein Kriegerdenkmal errichtet. Dasselbe soll anlässlich des Eisenzuges des badischen Kriegerbundes eingeweiht werden.

Lobensfeld, 1. Juli. (Opfer der Pflicht.) Der in der vergangenen Woche von dem französischen Kriegsgericht in Ludwigshafen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte Polizeibeamte Joseph Gimber stammt aus hiesigem Ort. Gimber wurde mit einem Kameraden, als sie am Hafen in Zivil ihren Dienst versahen, auf unbesetztem Gebiet von den Franzosen verhaftet und der Spionage verdächtigt. Nach der Beurteilung wurden die beiden Beamten nach einem unbekanntem Ort abtransportiert. Gimber war hier allgemein beliebt.

Unterschwarzach, 30. Juni. (Beendigt der Streik.) Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme in den streikenden und ausgesperrten Betrieben der Feischindustrie hiesiger Gegend schreiteten am 25. Juni an der Einstellungs- und Urlaubsfrage. Daraufhin versuchte der Vorsitzende des Mosbacher Schlichtungsausschusses Staatsanwalt Dr. Nebel die Einigung herbeizuführen, es gelang ihm nicht. Kurz nach dem Weggang des Herrn Dr. Nebel kam dann eine Einigung der Arbeitnehmer und Unternehmer in dem Betrieb Hüther & Co. zustande, dem sich kaum eine Viertelstunde später die Firma Scherer & Klemp-Plasterhausen anschloß. Die Firma Heinrich Döbert-Unterschwarzach konnte sich immer noch nicht entschließen, dem Vorgehen der beiden anderen Firmen zu folgen. Am letzten Samstag leitete dann die Firma Döbert mit ihrem Betriebsrat die Verhandlungen über die Beendigung des Streikes ein, die, nachdem die Firma ihre gestellten Klauseln hatte fallen lassen auf eine Einigung hinführten. Die Verhandlungen wurden auf der Grundlage des Abkommens des Deutschen Holzarbeiterverbandes und der beiden Firmen Scherer & Klemp und Hüther & Co. abgeschlossen. Am 28. bzw. 30. Juni ist die Arbeit in Plasterhausen aufgenommen worden. Am 2. Juli ist auch bei Heinrich Döbert die Arbeit aufgenommen worden. Damit hat der Streik sein Ende erreicht.

Wiesloch, 2. Juli. (Bluttaten.) Der Landwirt Georg Schimmel hier kam Samstag Abend nach reichlichem Genuß von Alkohol nach Hause. Dort geriet er mit seinem Bruder in Streit, dem er alsbald mit dem Messer zu Leibe ging und ihm einen gefährlichen Bauchstich beibrachte. Nicht genug damit, verletzte er die Frau seines Bruders schwer und brachte seiner eigenen Schwefter einen Armstich bei. Mit Mühe konnte der rabiate Mensch überwältigt und unschädlich gemacht werden. Er wurde von der Gendarmerie festgenommen und ins Amtsgefängnis eingeliefert. Der schwer verwundete Bruder und dessen Frau mußten nach Heidelberg gebracht werden.

Mingolsheim, 3. Juli. (Verunglückt.) Der Arbeiter Johann Bender hatte das Unglück, daß ihm auf seiner Arbeitsstätte bei der Firma Kälberer u. Co. eine Diele auf den Kopf fiel und ihn schwer verletzte. Er wurde in sein Heim nach Mingolsheim geschafft, wo er am Tage nach dem Unfall verstarb.

Hockenheim, 4. Juli. (Die Gendarmerie verhaftete) zwei verheiratete Tagelöhner in Neulussheim, bei denen Sohlenleder im Werte von über 2 Millionen Mark gefunden wurde. Das Leder wollen sie von den üblichen „Unbekannten“ gekauft haben.

Mannheim, 3. Juli. (Fahrpreis.) Der Fahrpreis der Straßenbahn für die kürzeste Strecke beträgt 2000 Mk.

Karlsruhe, 2. Juli. (Der Tod auf den Schienen.) Gestern mittag wurde der verheiratete 55jährige Weichenwärter Karl Hornung bei einem Stellwerk im hiesigen Hauptbahnhof von einer Lokomotive überfahren, deren Herannahen er infolge des Westwindes nicht gehört hatte und sofort getötet.

Turnen, Sport und Spiel.

Reichsjugendwettkämpfe Sinsheim.

Zum zweitenmal fanden obige Wettkämpfe in Sinsheim statt, diesmal unter starker Beteiligung der Jugend bis zum 18. Lebensjahr. Samstag vormittag wurden den unteren Jahrgängen der Schulen die Wettkämpfe abgenommen, Sonntag vormittag nach dem festgesetzten Kirchgang war Fortsetzung für die oberen Jahrgänge. Annähernd 350 Teilnehmern mußten die Leistungen gewertet werden. Ein kleiner Anmarsch führte nachmittags die begeisterte Jugend auf die Stadtwiese, zu den allgemeinen Freiübungen, die ein eindrucksvolles Bild boten. Turnübungen der Mädchen am Barren, Sprünge am Pferd, Stafettenläufe und Spiele füllten den Rest des Nachmittags aus. — Allen Mitarbeitern, die sich in den Dienst der Jugendsache gestellt, vor allem Herrn Turnlehrer Söll für seine unermüdete Arbeit und zielbewußte Organisation und Leitung der ganzen Veranstaltung, sei an dieser Stelle bestens gedankt. Der teilnehmenden Jugend aber ist zuzurufen: arbeitet so weiter und reißt durch euern Eifer die Säumigen mit, denn wir brauchen ein starkes gesundes Geschlecht. Die Ergebnisse sind folgende:

1. 1905/06 a) gemischter Sechskampf: 1. Deginus Willi 87 P. 2. Diefenbach Fritz 84 P. 3. Welker Fritz 82 P. 4. Righaupt Emil 70 P. b) sportlicher Sechskampf: 1. Bader Wilhelm und Hertel Ludwig 96 P. 2. Fehler Heinrich 92 P. 3. Müller Alfred und Kepner Artur 84 P. 4. Scholl Karl 83 P. Bestleistungen: 100 m: 13, 4/5 Sek., Weitsprung 5 m, Hochsprung 1,50 m: Bader Wilhelm, Kugelstoßen 8,40 m: Kepner Artur; Ballweitwurf 60 m: Bader; Schleuderballwurf 25 m: Fehler und Müller; Geräte: Welker Fritz 54 P.

II. 1907/08 a) gemischter Sechskampf: 1. Huber Erwin 114 P., 2. Maier Hans und Abele Robert 110 P., 3. Hehl Erwin 107 P., 4. Righaupt Karl 106 P., 5. Rück Karl 104 P., 6. Fischer Emil 101 P., 7. Henning Fritz 100 P., 8. Schauback Wilfried 98 P., 9. Fischer Adolf 97 P., 10. Maier Theodor 92 P. b) sportlicher Sechskampf: 1. Gilbert Wilhelm 133 P., 2. Nerpel Willi und Seel Emil 129 P., 3. Schöck Albert 128 P., 4. Traut Anton 92 P. Bestleistungen: 100 m in 13 1/4 Sek.; Gilbert und Schöck; Weitsprung 5,50 m (!), Hochsprung 1,50 m (!); Nerpel Willi; Kugelstoßen 8,95 m (!); Huber Erwin; Ballweitwurf 66 m: Seel Emil; Schleuderball 33 m: Schöck; Geräte: Fischer Adolf 60 P.

III. 1909/10. Fünfkampf: 1. Weidenannt Jacob 93 P., 2. Schwab Hans 92 P., 3. Stoll Richard 90 P., 4. Dietrich Kurt 89 P., 5. Rittner Karl und Minholz Alfred 88 P., 6. Hilsbach Heinrich, Hochadel Rudolf und Brunner Emil 87 P., 7. Mutzler Willi und Ebel Hans 86 P., 8. Smelin Johann, Baumann Alois, Stecher Franz und Hettler Gustav 85 P., 9. Senael Hugo und Haffter Heinrich 84 P., 10. Groh Wilhelm 83 P. Bestleistungen: 75 m Lauf in 11 Sek. und Weitsprung 4,30 m: Schwab Hans und Mutzler Willi; Ballwurf 58 m: Mutzler; Geräte: Brunner Emil 40 P.

IV. 1911/12. Dreikampf: 1. Köhler Karl 62 P., 2. Hermann Josef 60 P., 3. Hertel August 58 P., 4. Weber Josef und Schäfer Eugen 55 P., 5. Wild Hermann 54 P., 6. Stütz Herbert 53 P., 7. Sautter Helmut, Bauer Wilhelm, Neuberger Heinz, Wirth Alb., Weisbach Fritz, Spranz Karl und Hilsbach Karl 50 P., 8. Schifferdecker Fritz 49 P., 9. Wickenhäuser Albert 48 P. Bestleistungen: 50 m Lauf 7 1/4 Sek.; Schäfer Eugen und Wickenhäuser; Weitsprung 3,90 m: Schäfer Eugen und Köhler Karl; Ballwurf 44 m: Hermann Josef.

V. 1913/14. Dreikampf: 1. Glasbrenner Erich 64 P., 2. Braun Hans 63 P., 3. Braun Julius und Ködlingshöfer Willi 58 P., 4. Klüber Heinrich, Wohlgemuth Waldemar und Stoll Albert 56 P., 5. Rißer Rudolf 55 P., 6. Söhner Wilhelm 53 P., 7. Schifferdecker Georg und Lackner Wilhelm 51 P. Bestleistungen: 50 m

in 8 Sek. Glasbrenner u. Rißer; Weitsprung 3,70 m: Glasbrenner; Ballwurf 36 m: Klüber und Stoll.

Mädchen. II. 1907/08. Fünfkampf: 1. Haller Hanna 85 P., Stork Else 84 P. Bestleistung: 75 m in 11 Sek. und 3,80 m Weitsprung: Haller.

III. 1909/10. Vierkampf: 1. Frank Johanna 80 P., 2. Smelin Luise 78 P., 3. Straub Frieda und Maier Paula 77 P., 4. Fischer Gunhild u. Zell Sofie 76 P., 5. Schreck Gertrud 75 P., 6. Engesser Irmgard 74 P., 7. Geiß Hedwig und Weißer Elisabeth 73 P., 8. Reing Lina 72 P. Bestleistungen: 75 m 11 1/4 Sek.: Engesser; Weitsprung 3,60 m: Straub, Fischer und Engesser; Geräte: 40 P. Frank.

IV. 1911/12. 1. Stütz Irmgard 87 P., 2. Besch Erika 53 P., 3. Lackner Frieda 50 P., 4. Rau Helma 46 P., 5. Hollenbach Wilma 45 P., 6. v. Haufen Olga und Weidenannt Alice 32 P., 7. Reim Gertrud 41 P., 8. Schifferer Annemarie 40 P. Bestleistung: 50 m in 7 1/4 Sek., Weitsprung 3,50 m (!), Ballwurf 34 m (!): Stütz Irmgard.

Die Leistungen des 16-jährigen Schülers Willi Nerpel und der 12-jährigen Irmgard Stütz zeigen, was Energie und Ausdauer bei der körperlichen Durchbildung vermögen.

Viehmarkt in Mannheim

am 2. Juli 1923.

Es waren aufgetrieben: 807 Stück Großvieh, davon: 123 Ochsen, 181 Faren, 503 Kühe und Kinder, ferner 226 Kälber, 73 Schafe, 1129 Schweine, 8 Wagenpferde, 104 Arbeitspferde, 25 Schlachtpferde.

Preise für 1/2 Kilo Lebendgewicht: Ochsen: 1. Klasse 11-11 500 Mk., 2. Klasse 10 500-11 000 Mk., 3. Klasse 9-9 500 Mk., 4. Klasse 8-8 500 Mk., Faren: 1. Klasse 9 500-10 000 Mk., 2. Klasse 9-9 500 Mk., 3. Klasse 8 500-8 800 Mk., Kühe und Kinder: 1. Klasse 11 500-12 000 Mk., 2. Klasse 11-11 500 Mk., 3. Klasse 9-9 500 Mk., 4. Klasse 7 500-8 000 Mk., 5. Klasse 6-7 000 Mk., Kälber: 9 500-13 000 Mk., Schafe 7 000-9 000 Mk., Schweine: 1. Klasse 16-17 000 Mk., 2. Klasse 16-17 000 Mk., 3. Klasse 15 500-16 000 Mk., 4. Klasse 13 500-14 000 Mk., 5. Klasse 13 500-14 000 Mk., 6. Klasse 14-15 000 Mk., Wagenpferde: 10-25 Millionen, Arbeitspferde: 10-30 Millionen, Schlachtpferde: 2 1/2-5 Millionen das Stück.

Markverlauf: mit Großvieh mittelmäßig, geräumt, mit Kälbern lebhaft, ausverkauft; mit Schweinen mittelmäßig, Ueberstand; mit Pferden ruhig.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gemogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Neueste amtliche Kurse

vom 2. Juli 1923.

Table with multiple columns listing various financial data including interest rates (Anleihen), bank rates (Bankaktien), industrial rates (Industrieaktien), and exchange rates (Devisenkurse). Includes entries like 'Hohentlohe Nährmittel 142 000 %', 'Kaiser Otto 120 000 %', and 'New-York 1 Dollar = Mk. 159 600'.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

einer Verordnung über Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz.

Zu § 7 des Gesetzes — Steuerfreier Zwischenhandel.

§ 93 a der Ausführungsbestimmungen bestimmt, daß der Unternehmer, der die Steuerfreiheit nach § 7 des Gesetzes in Anspruch nimmt, gemäß §§ 31, 32 des Gesetzes die Entgelte, die er für die nach § 7 des Gesetzes umsatzsteuerfreien Lieferungen vereinnahmt, getrennt von den Entgelten für seine sonstigen Leistungen zu buchen hat. Die Buchungen haben in dem „Umsatzsteuerbuch für den nach § 7 Umsatzsteuergesetz steuerfreien Zwischenhandel“ zu erfolgen. Bei kaufmännischer Buchführung sind entsprechende Kennzeichnungen vorgeschrieben.

Zu § 32 des Gesetzes — Straßensteuer.

Der § 118 wird ergänzt, daß von der Lösung des Steuerheftes entbunden ist, wer

- 1. innerhalb des Gemeindebezirkes seiner gewerblichen Niederlassung Lieferungen oder sonstige Leistungen im Sinne des § 117 ausführt und Bücher nach kaufmännischen Grundsätzen oder Aufzeichnungen im Sinne der §§ 89 ff. führt.
- 2. Mitglieder von Verbänden der am Handel nach § 117 beteiligten Gewerbe nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen. Als Verbände im Sinne dieser Bestimmungen gelten nur die vom Reichsminister der Finanzen ausdrücklich anerkannten Fachverbände.

Jede weitere Auskunft wird auf mündliche, fernmündliche oder schriftliche Anfragen bereitwilligst erteilt.

Sinsheim, den 30. Juni 1923.

Finanzamt.

Neuregelung des Steuerabzugs.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1923 an tritt folgende Aenderung ein:

Der einzubehaltende Steuerbetrag von 10 vom Hundert des Arbeitslohns ermäßigt sich:

- 1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um je 6000 Mark monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um je 1440 Mark wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um je 240 Mark täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um je 60 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden;
- 2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Abs. 2
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 40000 Mark monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 9600 Mark wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 1600 Mark täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 400 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden;

Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet;

- 3. zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 50000 Mark monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 12000 Mark wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 2000 Mark täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 500 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 den Betrag von monatlich 500000 um mindestens 500000 Mark monatlich übersteigen. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt.

Stehen Abzüge im wirtschaftlichen Zusammenhange mit anderem Einkommen als Arbeitslohn, so sind sie zunächst von dem anderen Einkommen abzusetzen; nur insoweit diese Abzüge das andere Einkommen übersteigen, sind sie in die Abgeltung einbezogen.

Sinsheim, den 3. Juli 1923.

Finanzamt.

Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug.

Auf Anordnung des Reichsfinanzministers wird die Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug im Bezirke des Landesfinanzamts Karlsruhe neu geregelt. Mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ist die volle freie Station (Berköstigung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) folgendermaßen zu bewerten:

- a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehnmädchen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte mit täglich 8000 Mk., wöchentlich 56000 Mk., monatlich 240000 Mk., jährlich 2 880 000 Mk.
 - b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, mit täglich 10 400 Mk., wöchentlich 74 400 Mk., monatlich 320 000 Mk., jährlich 3 840 000 Mk.
 - c) für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsleiter, Werkmeister, Gütsinspektoren) mit täglich 13 200 Mk., wöchentlich 93 200 Mk., monatlich 400 000 Mk., jährlich 4 800 000 Mk.
- Wird keine Wohnung (mit Heizung und Beleuchtung) sondern nur freie Verpflegung gewährt, so betragen die Wertanschläge nur 5/6 der oben bekannt gegebenen.

Karlsruhe, den 27. Juni 1923.

Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.

Dr. Gutmann.

Nutzholzverkauf.

93 Eichen III. bis V. Klasse zusammen 51,27 Festmeter. Schriftliche Angebote sind bis 12. Juli erbeten an

Freiherrl. v. Degenfeld'sche Verwaltung Badstadt.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G.

Zahlstelle Sinsheim

Adolf Lichdi.

Erladigung

aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

Vorteilhafte Zinsvergütungen.

Umwechslung ausländischer Geldsorten.

Bei der Versammlung badischer Ölmüller wurde der **Mindestlohn auf 600 Mk.** festgesetzt.

Verband badischer Ölmüller.

Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn

Gegründet 1886.

Filiale Sinsheim a. E. (Bahnhofstr.)

An- und Verkauf sämtlicher notierter und unnotierter Wertpapiere.

Schriftleitung: H. Becker; Druck und Verlag: G. Becker'sche Buchdruckerei in Sinsheim.

Waffen

Munition — Feldstecher

Mauserpistolen

An- und Verkauf — Tausch

Rehgehörnjammlung

auch einzelne Stücke zu kaufen gesucht.

Alfr. Lohfink, Heidelberg

Ladenburgerstraße 39 — Telefon 2396.

Schirm verloren

in der Nähe des Bahnhofs am Freitag Abend. Gegen Belohnung abzugeben **Hauptstraße 285, 1. Etg.**

Sommerhüte

bedeutend unter Preis.

Elsa Faul, Heidelberg, Sofienstr. 13.

Druckarbeiten

jeglicher Art für Gewerbe, Handel und Behörden in laudbarer Ausführung liefert in kürzester Zeit und zu mäßigen Preisen

G. Becker'sche

Buchdruckerei

Sinsheim

beim Bahnhof.

Dreschmaschinen

stationär und fahrbar für 1 1/2, 2 und 3 PS. Motore, mit doppelter Reinigung, 4fache Sortierung, mit Elevatoren für Sackabfüllung, mit und ohne Entgrauer, erstklassige, bewährte Fabrikate. Grosses Lager, feste Preise.

Sämaschinen

Schrotmühlen

Grasmäher

Futterschneid-

maschinen

Milchseparatoren

Obst- u. Weinpressen

Hydr.- und

Spindelpressen

Obst- und

Traubenmühlen

empfiehlt

Maschinenbauanstalt

J. Dieffen-

bacher Söhne

Eppingen (Baden).

Telefon 29 und 30.

Lager

aller landw. Maschinen

und Geräte.